Ekkehard Launer

Turkish Delight

Während der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan auf Wahlkampf-Reise in Köln auftrat, waren wir in der Türkei: Ulrike Dufner, seit zehn Jahren in Istanbul stationiert, und Filiz Karahasanoğlu vom dortigen Heinrich-Böll-Büro hatten für die diesjährige politische Begegnungsreise der Freundinnen und Freunde der Stiftung eine Tour vorbereitet, die uns vom 22. Mai bis 1. Juni die Türkei erleben ließ. Istanbul – Diyarbakir – Mardin – Hasankeyf – Van – Istanbul: eine HBS-typische Intensiv-Reise in ein tief gespaltenes Land.

Teilungen

Da ist zum einen die Ost-West-Spaltung: das reiche Istanbul im Westen, das arme Grenzgebiet im Osten – ein Wohlstandsgefälle von 10:1. Wir machten aber auch noch eine andere West-Ost-Teilung aus – im urbanen Westen die Intellektuellen, die ein Jahr nach den Gezi-Protessen frustriert und ernüchert realisieren mussten, dass ihr Gegner Erdoğan fest im Sattel sitzt, bei den Kommunalwahlen Ende März eine solide Mehrheit hinter sich scharen konnte und eine Alternative so recht nicht in Sicht ist. Sehr optimistisch macht das nicht. Im Gegensatz dazu beobachteten wir im armen Kurdengebiet eine Aufbruchsstimmung: Dort kann es nur besser werden – das Militär ist (von Erdoğan!) in die Schranken verwiesen worden, der Krieg scheint ausgestanden, der Staat verhandelt mit PKK-Führer Öcalan, in manche verlassenen Dörfer ist wieder Leben zurückgekehrt, Entwicklung scheint möglich.

Dann die scharfe politische Teilung des Landes. Entweder man ist für Erdoğan, oder man ist gegen ihn; Zwischentöne gibt es offenbar nicht, und eine Verständigung der beiden Lager scheint schwer möglich. „Wir hassen uns“, heißt es öfter. Die Barrikaden sind hoch, man betrachtet sich durch Schießscharten. Und mehrfach hören wir abenteuerliche Verschwörungstheorien. Bis zu einem rationalen Diskurs scheint der Weg noch weit.

Die Konservativen sind gespalten – neben der (im Moment wohl siegreichen) AKP Erdoğan's (Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt) kämpft die islamische Gülen-Bewegung um Einfluss. Aber auch die Opposition gegen Erdoğan ist nicht einig. Kurden betonten mehrfach, sie seien in ihrem Kampf über Jahrzehnte allein gelassen worden - vor einer Zusammenarbeit müsse dieser Kampf erst einmal gewürdigt werden; bei den Gezi-Protessen habe man deshalb nur verhalten mitgemacht.

Gezi-Proteste

Mindestens fünf Menschen waren im Mai und Juni 2013 bei diesen Gezi-Protessen gestorben, mehrere Tausend wurden verletzt. Ausgangspunkt waren Demonstrationen gegen die geplante Abholzung des Gezi-Parks mitten in Istanbul; die Bäume sollten einer Shopping Mall weichen. Im Park waren die ökologisch motivierten Demonstranten, auf dem angrenzenden Taksim-Platz versammelten sich die linken Aktivisten. Die Polizei ging massiv gegen sie vor, brannte Zelte nieder. Der Protest weitete sich schnell aus, und bald ging es um mehr als um Bäume: um eine andere Stadtplanung, um Bürgerrechte, um Demokratie.¹

¹ Vgl. Deniz Yücel: Taksim ist überall. Die Gezi-Bewegung und die Zukunft der Türkei. Hamburg 2014

Für das Wochenende nach unserer Ankunft hatte das Heinrich-Böll-Büro Istanbul eine internationale Gezi-Konferenz organisiert: Ein Jahr nach Beginn der Proteste sollen türkische Aktivisten Bilanz ziehen und mit internationalen Gästen Erfahrungen austauschen. Ein nicht ganz einfaches Vorhaben - die Gezi-Aktivisten stehen unter Beobachtung der Polizei; im umstrittenen Park zeigt die Polizei heute immer noch eine Dauerpräsenz. Proteste gegen die Konferenz waren nicht auszuschließen, ob sie ungehindert würde stattfinden können, ist nicht sicher. Der türkische Staat geht gegen einmal identifizierte Gegner durchaus rabiat vor. Wenige Tage vor unserem Besuch geht ein Foto durch die Presse, wie Yusuf Yerkel, ein Erdoğan-Berater, einen am Boden liegenden Demonstranten mit Fußtritten traktiert (Yerkel ist nach öffentlichen Protesten mittlerweile entlassen worden). Willkürliche Festnahmen, das – schließlich vom Verfassungsgericht einkassierte - Twitter-Verbot, die Medien-Propaganda: All das zeigt das schwierige Klima im Land. Wir wundern uns: Wie selbstverständlich gehen alle davon aus, dass das HBS-Büro abgehört wird.

Allen Unkenrufen zum Trotz geht die Konferenz – bei nur mäßiger Beteiligung der Öffentlichkeit - problemlos über die Bühne; ein Erfolg für die Stiftung. Die Gezi-Park-Bewegung beschränkte sich 2013 nicht nur auf Istanbul. 81 Städte gibt es in der Türkei, und nur in zweien gab es keine Demonstrationen, heißt es auf der Konferenz stolz. Dem Fernbleiben der Kurden kann ein Podiumsteilnehmer sogar noch positive Seiten abgewinnen: „Die Türken müssen endlich lernen zu protestieren“, sagt er – und die Kurden könnten das schon. Die AKP wolle eine „Gesellschaft voller Furcht“, aber das sei jetzt immer schwieriger durchzusetzen, die Demokratiebewegung werde das einfach nicht zulassen.

Überraschend der starke LGBT-Block bei den Gezi-Protesten. „Vor zehn Jahren waren wir 40 bis 50 Leute bei der Parade“, erzählt ein Konferenzteilnehmer, „im vergangenen Jahr waren es 60.000.“ Der Gezi-Park war für sie die einzige Möglichkeit, sich in der Öffentlichkeit zu treffen. Mehr als 100 Organisationen, von LGBT bis zu den „Antikapitalistischen Muslimen“, haben sich zum Taksim-Solidaritätsverein zusammengeschlossen: Dieses Bündnis ist breit.²

Parteien

Der erste Programmpunkt unserer Reise, ein Besuch bei der Grünen Partei in Istanbul, ist wie ein Blick zurück. Im November 2012 mit einer linken Gruppe vereinigt, stehen die Grünen mit 2.000 Mitgliedern noch ganz in den Anfängen – vertreten in keinem Parlament, in keiner Provinz, in keiner Kommune, aber schon mit internen Quoten für fast alles: LGBT, Frauen, Jugendliche, Behinderte.

In 42 Bezirken muss die Partei präsent sein, dann darf sie bei den Parlamentswahlen antreten; 33 Bezirke können sie bereits vorweisen. „Für Wachstumskritik ist es in der Türkei noch etwas früh“, sagen sie ehrlich. Proteste gegen Atomenergie – die Türkei baut derzeit ein AKW, ein zweites soll folgen – verhalten wirkungslos („Kennen wir“, murmeln einige Veteranen aus unserer Gruppe).

Die Zivilgesellschaft in der Türkei ist noch nicht sehr ausgeprägt, und ihre kleinen Erfolge werden von einem übermächtigen Staat oft einkassiert. Beispiel Prinzeninseln von Istanbul: Ein Bebauungsplan wurde per Gerichtsbeschluss aufgehoben – aber Ministerpräsident Erdoğan erklärte das Urteil für unbedeutend und ließ trotzdem bauen. Um ein anderes Bauvorhaben zu ermöglichen, wurden Bezirksgrenzen kurzerhand über Nacht verschoben. Geschichten wie diese hören wir viele.

Im Parlament in Ankara sind „dank“ einer Zehn-Prozent-Hürde nur vier Parteien vertreten: Neben der AKP sind das als größte Oppositionspartei die CHP (Republikanische Volkspartei),

² Die iz3w-Ausgabe vom Mai/Juni 2014 einen Themenschwerpunkt zu den Gezi-Protesten, der die Frauen- und LGBT-Beteiligung würdigt.

die nach einer verschlungenen Geschichte heute eine wieder mehr sozialdemokratische Organisation ist.³ Sie war 1923 von Staatsgründer Kemal Atatürk gegründet worden und ist damit die älteste Partei der Türkei. Zwei CHP-Abgeordnete geben uns einen kurzen Abriss der türkischen Geschichte und sehen ihre Partei und die Linke durch eine „Haßliebe“ verbunden: Die Parteiführung komme von den Linken, deren Kinder seien linksradikal, riefen in Krisenzeiten dann aber doch immer wieder nach der Partei – wie zum Beispiel bei den Gezi-Protesten. Und die CHP sei die einzige Partei, in der innerparteiliche Kritik möglich sei.

Ein Treffen mit einem AKP-Vertreter kommt leider nicht zustande. Als dritte Partei hatte bei den Wahlen von 2011 nur noch die MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) die Zehn-Prozent-Hürde übersprungen. Allerdings sitzen auch kurdische Abgeordnete im Parlament: Die Kandidaten der Kurden-Partei BDP (Partei des Friedens und der Demokratie) traten als Unabhängige an und konnten so die landesweite Zehn-Prozent-Hürde aushebeln. Sie schlossen sich 2012 der HDP (Demokratische Partei der Völker) an; 2015 will die BDP bei den Parlamentswahlen unter dem Banner der HDP antreten.

Vertreibung

Kurden und Armenier, das wissen auch die schnellen Zeitungsleser, sind in der Türkei diskriminiert worden. Weniger bekannt sind die Pogrome gegen Griechen. Dabei galt Istanbul bis weit ins 19. Jahrhundert als „größte Stadt Griechenlands“; in der gesamten Türkei lebten 1914 mehr als 1,7 Millionen Griechen.

Nach dem Ersten Weltkrieg einigte sich die neue Türkische Republik unter Kemal Atatürk mit Griechenland auf einen Bevölkerungsaustausch, der beiden Ländern nach dem Griechisch-Türkischen Krieg (1919-1922) dauerhaften Frieden bringen und ihre Nationen stabilisieren sollte: Bis zu 1,5 Millionen christlich-orthodoxe Griechen mussten Anatolien verlassen, und im Gegenzug wurden 500.000 Muslime aus Griechenland in die Türkei umgesiedelt. Istanbul blieb von dieser Aktion ausgespart; Istanbuler Griechen erhielten Visafreiheit und andere Privilegien. 1964 aber kündigte die Türkei dieses Abkommen; die Griechen sollten gehen.

„20 Dollar, 20 Kilo“ hieß eine Ausstellung in Istanbul, die wir knapp verpasst haben. Sie erinnerte daran, dass 1964 etwa 50.000 Griechen aus Istanbul vertrieben wurden – eine Geschichte, die in der Türkei nicht gern erzählt wird. Einige dieser Familien hatten seit hunderten Jahren in Istanbul (Konstantinopel) gelebt; jetzt wurden sie des Landesverrats beschuldigt, ihre Bankkonten gesperrt, Polizisten nahmen ihre Fingerabdrücke ab. Die meisten Griechen entschlossen sich auszuwandern. 20 Kilo Gepäck durften sie mitnehmen und türkisches Geld im Wert von 20 Dollar – deshalb der Titel der Ausstellung.⁴

Schon 1955 hatte es in Istanbul ein Pogrom gegen Griechen gegeben; von ihren 80 Kirchen wurden 60 beschädigt oder in Brand gesteckt, mehr als 4.000 Geschäfte wurden geplündert; die Mehrheit der Griechen verließ die Stadt.⁵

Heute leben am Bosphorus nur noch etwa 2.000 Griechen. In den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts waren es noch mehr als 150.000. Fremdenführer Adnan Özerler zeigt uns bei einem Rundgang durch die Stadt Gebäude, die früher griechische Besitzer hatten. Man muss nach den Zeichen dafür etwas suchen, aber wer gezielt schaut, findet sie. Die Macher der Istanbuler Ausstellung haben übrigens schon das nächste Tabu ins Auge gefasst und überlegen, wie sie 2015 den hundertsten Jahrestag des Genozids gegen die Armenier würdigen können.

³ Der frühere Istanbul-Korrespondent Jan Keetmann hält die CHP für „wohl eine der verstaubtesten Parteien weltweit“: in *iz3w*, Mai/Juni 2014, Seite 23.

⁴ Christiane Schlötzer hat die Ausstellung in der „Süddeutschen Zeitung“ beschrieben: „Abschied vom Bosphorus“, SZ 26. April 2014

⁵ Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Pogrom_von_Istanbul

Armenier

„Armenier“ ist in der Türkei immer noch ein Schimpfwort, hören wir. Man darf auf die Gedenkfeiern im kommenden Jahr gespannt sein – nachdem Ministerpräsident Erdoğan im April im Zusammenhang mit dem Massenmord an Armeniern das Wort „Bedauern“ in den Mund genommen hat, wird der Genozid in der Türkei jedenfalls nicht mehr totgeschwiegen; die Debatte darüber bleibt allerdings verschämt. Trotzdem ist die Geschichte immer präsent: Ein Atatürk-Slogan von 1919 kann heute die Wogen immer noch hochschlagen lassen.

In der Türkei leben heute noch 55.000 Armenier, fast alle in Istanbul – vor dem Genozid waren es im Land insgesamt zwei Millionen. Wir besuchen die kleine Redaktion der armenischen Wochenzeitung „Agos“, die von dem im Januar 2007 ermordeten Journalisten Hrant Dink gegründet worden war. Die Hrant-Dink-Stiftung versucht, die Demokratisierung und die Aufarbeitung der Vergangenheit zu stärken und organisiert u.a. einen (von der HBS geförderten) Journalistenaustausch zwischen Armenien und der Türkei (beide Länder haben noch heute keine diplomatischen Beziehungen, die Grenze ist gesperrt).

Viel Rückenwind erfährt die Stiftung nicht. Ihre politische Arbeit wird fast ausschließlich vom Ausland unterstützt, sagt uns Zeynep Taşkın – und von den bundesdeutschen Stiftungen ist es nur die HBS, die sich seit Jahren kontinuierlich um die für die Türkei schwierigen Themen Armenien und Kurden kümmert. (Wir sehen an vielen Punkten unserer Reise, wie gut die HBS und Ulrike Dufner bei diesen Themen verankert ist – eindrucksvoll!)

Rober Koptaş, der junge Chefredakteur von „Agos“, sieht seine Zeitung als Brücke, als einen Beitrag zur Demokratisierung. Mit einer Auflage von 5.000 Exemplaren ist die Türkei wohl nicht umzukrempeln, zumal Koptaş auch die politische Opposition für nicht sehr demokratieorientiert hält. Aber immerhin: Die Praktikanten, die bei „Agos“ ihren Job lernen, bekämen ohne Schwierigkeiten einen Job, wenn sie zu anderen Medien wechseln wollen, sagt er.

Dabei hat kein anderes Land so viele Journalisten inhaftiert wie die Türkei. Auf der Rangliste der Pressefreiheit steht die Türkei auf Platz 154, noch hinter dem Irak und Russland. 2003, vor Erdoğan, war sie auf Platz 116. Wegen seiner Berichterstattung über das Bergwerksunglück von Soma hat der Türkei-Korrespondent des „Spiegel“ Morddrohungen erhalten und sicherheitshalber für einige Tage das Land verlassen.

Inländischen Journalisten kann die Regierung unter anderem mit § 301 der türkischen Verfassung drohen: Die „Verunglimpfung des Türkentums“ ist strafbar. Mittlerweile ist eine Zustimmung des Justizministers für derartige Verfahren erforderlich. Seither gibt es kein Verfahren nach Artikel 301 mehr. Aber der Paragraph selbst besteht weiter. 2010 wurde Orhan Pamuk, Träger des Literatur-Nobelpreises 2006, zu Schadenersatz von 6.000 türkischen Lira verurteilt, weil sich die sechs Kläger durch seine Äußerungen zum Völkermord an den Armeniern beleidigt fühlten (Pamuk: „Die Türken haben auf diesem Boden 30-tausend Kurden und eine Million Armenier getötet“).⁶

Der „Weisenrat“ und die Kurdenfrage

Neben den Armeniern führte Pamuk das zweite innenpolitische Minenfeld an: die Kurden. Im Frühjahr 2013 installierte Ministerpräsident Erdoğan einen „Weisenrat“, der helfen sollte, das Kurdenproblem zu lösen. Ursprünglich ging dieser Rat auf eine Idee von PKK-Führer Öcalan zurück. Er sollte nach Öcalans Vorstellung als ständiges Gremium in sieben Regionen der Türkei eine Art „Road Map“ zur Demokratisierung erarbeiten und begleiten. Erdoğan allerdings wollte daraus kein ständiges Gremium machen.

⁶ Vgl. die im Internet nachzulesende Reiseempfehlung des Auswärtiges Amtes für deutsche Touristen: „Es wird dringend davon abgeraten, in der Öffentlichkeit politische Äußerungen gegen den türkischen Staat zu machen“.

Insgesamt sind 63 Personen im Weisenrat, die von Ministerpräsident Erdoğan bestimmt worden sind; die AKP hat ein deutliches Übergewicht. Vor Beginn seiner Arbeit traf sich der Rat mit dem Ministerpräsidenten; anschließend zog er drei Monate durchs Land und traf mit insgesamt 60.000 Menschen zusammen. Celalettin Can, ein Bürgerrechtler vom „Verein der 78er“, der in einem berüchtigten Foltergefängnis im Kurdengebiet inhaftiert war, saß im Weisenrat und berichtet uns im HBS-Büro von seinen Erfahrungen.

Ruhig und freundlich zieht Can eine ernüchternde Bilanz: Von der guten Idee ist nicht viel umgesetzt worden. Eine Delegation konnte sich nicht auf einen gemeinsamen Bericht einigen, die anderen Regionalgruppen legten ihre Berichte vor. Aus diesen Papieren sollte die Regierung einen gemeinsamen Bericht machen. Bis heute ist dies nicht passiert – zeitgleich mit den Regionalberichten begann der Gezi-Protest. „Nach den Gezi-Protesten ist Erdoğan versteinert“, meint Celalettin Can. Zur Lösung der Kurdenfrage habe die Regierung einfach kein Rezept.

Die Zeiten, wo Kurden als „Bergtürken“ eingemeindet wurden und die kurdische Sprache an Schulen verboten war, sind zwar schon länger vorbei – bei den diesjährigen Kommunalwahlen hat sogar die AKP ihren Wahlkampf im Kurdengebiet in kurdischer Sprache gemacht. Die Forderung nach muttersprachlichem Unterricht ist allerdings weiterhin sehr umstritten. Eine Vergangenheitsbewältigung sei ebenso noch nicht möglich, hören wir in Diyarbakir – erst müsse eine nachhaltige Friedenslösung gefunden werden und Vertrauen wieder wachsen. Eine Parlamentarische Wahrheitskommission würde helfen, aber dafür müssten beide Seiten, Kurden und Türken, reden. Bislang sprechen nur die Opfer.

Mindestens 35.000 Tote hat es im Kurdenkonflikt gegeben, 17.000 Menschen sind verschwunden, 4.000 Dörfer wurden niedergebrannt. Das Folter-Gefängnis von Diyarbakir ist berüchtigt; das „Dorfschützer“-System offiziell immer noch nicht abgeschafft.

„Früher lief das Leben in Istanbul normal weiter, während hier in Diyarbakir Ausnahmezustand war“, versucht ein Gesprächspartner uns die unterschiedlichen Stimmungen im Land begreiflich zu machen. Bei den Gezi-Protesten hat Istanbul jetzt erstmals die Polizeigewalt gespürt, während das Kurdengebiet langsam zum Alltag zurückkehrt – seit zehn Jahren ist kein Ausnahmezustand mehr, heute verhandelt die Regierung mit der PKK, man darf sich über eine friedlichere Zukunft Gedanken machen.

DISA, ein von der HBS geförderter Think Tank, ist eine der wenigen Institutionen, die vor-denken, Studien erarbeiten und Zukunftsstrategien entwickeln. Aber auch dieser sinnvolle Ansatz, so unser Eindruck, steckt noch in den Kinderschuhen.

Außerdem besuchen wir Göç Vakfı, eine Stiftung für Migration und Menschenrechte, die sich heute vor allem für Kinder einsetzt, und hören bei KAMER, wie Frauen unterstützt werden, die oft genug noch Gewalterfahrungen machen. Dass Frauen mitten in Diyarbakir ein Restaurant betreiben (wir können bezeugen: das Essen schmeckt!), war noch vor zehn Jahren undenkbar und ist heute immer noch nicht selbstverständlich. In Van treffen wir die dortige, 2004 von drei Frauen gegründete Organisation VAKAD, die mittlerweile in 23 Dörfern aktiv ist und Frauen vielfältige Hilfestellungen anbietet. Die Zivilgesellschaft entwickelt sich – und übernimmt oft genug Aufgaben, für die eigentlich der Staat zuständig wäre. Staatliche Stellen sind „faul“, sagen die Frauen und fühlen sich als Kurden oft genug zurückgesetzt.

Flüchtlinge

Der Bürgerkrieg in Syrien und das Auseinanderfallen des Irak bedeuten für die Kurden zum einen Hoffnung auf ein Wiederaufleben von Kurdistan, zum anderen bringen sie für die Osttürkei neue Belastungen: Flüchtlinge. Im April 2011 kamen die ersten aus Syrien über die Grenze ins Kurdengebiet. Heute leben in der Türkei mehr als eine Million Menschen, die der

Bürgerkrieg aus ihrer Heimat vertrieben hat. Nur der Libanon hat noch mehr Syrien-Flüchtlinge aufgenommen.

Flüchtlingsstatus erhalten sie in der Türkei aber nicht – den hat sich die türkische Regierung für Europäer vorbehalten und die Genfer Flüchtlingskonvention deshalb mit diesem regionalen Vorbehalt unterschrieben. Bislang hat Ankara nur einen einzigen Menschen als Flüchtling anerkannt: Er kam aus Aserbaidschan, erzählt uns der Anwalt und frühere UNHCR-Mitarbeiter Mahmut Kaçan in Van.⁷ Als Kaçan die türkische Politik öffentlich kritisierte, wurde er von der UN-Organisation entlassen – wie andere auch, die seiner Meinung waren.

Offiziell sind die syrischen Flüchtlinge in der Türkei „Gäste“; UN-Organisationen kümmern sich um sie und suchen Aufnahmeländer - Deutschland nimmt ein bis zwei Familien im Jahr, sagt Kaçan.

Großprojekte

Erdoğan's große Türkei braucht große Aushängeschilder, auf die seine Landsleute stolz sein können. Der im vergangenen Oktober eingeweihte Tunnel zwischen Europa und Asien schafft eine minutenschnelle Verbindung zweier Kontinente und gilt als eines der weltweit größten Infrastrukturprojekten; eine dritte Brücke über den Bosphorus ist angedacht, ebenfalls ein Mammutprojekt, und jetzt wird ein neuer, dritter Flughafen für Istanbul geplant, der Ende 2018 fertig werden und dann der größte der Welt sein soll.

Wer der Entwicklung im Weg steht, wird platt gemacht, umgesiedelt, von explodierenden Mieten vertrieben. Im zentralen Istanbuler Stadtviertel Okmeydani sollen 5.300 Gebäude und 4.500 Geschäfte mit einer Million qm Ladenfläche abgerissen und neu gebaut werden: ein Eldorado für Baulöwen.

Wir erleben im Kurdengebiet ein Großprojekt, das Opfer fordert. Auf der Fahrt nach Van halten wir in Hasankeyf, einer Kleinstadt am Tigris, die für ein Staudammprojekt geopfert werden soll und zu ertrinken droht. Der Ilisu-Stausee soll das Wasser des Tigris stauen, Energie gewinnen und Bewässerung ermöglichen – und natürlich wird er weltweit einer der größten künstlichen Seen sein.

Seit 2006 wird der Damm gebaut,⁸ noch 2014 soll er fertig werden. In zwei, drei Jahren wird das alte Hasankeyf mit vielen Zeugnissen einer antiken Stadt aus unterschiedlichen Epochen und seinen sehenswerten Felsenwohnungen wohl unter Wasser stehen. Die Regierung spricht von 15.000 Menschen, die umgesiedelt werden müssen, Gegner des Projekts schätzen, dass insgesamt 65.000 Menschen vom Dammbau betroffen sind.

John Crofoot informiert uns in dem kleinen Ort über die Hintergründe des Projekts. Mit einigen anderen Ausländern engagiert er sich bei „Hasankeyf Matters“ und versucht, möglichst viel Historie vor den Fluten zu retten.⁹

Kultur

Kultur bekamen wir also auch – natürlich auch in **Istanbul**. Als wir dort am deutschen Konsulat vorbeikommen, erzählt unser Stadtführer, dass man für ein Visum nach Deutschland 80 € zahlen müsse. Wenn er richtig gerechnet hat, erwirtschaftet das Konsulat der Bundesrepublik Deutschland in Istanbul damit 48.000 € - täglich. Die sonntägliche Stadtführung, die taz-Kor-

⁷ Vielleicht hat Kaçan da etwas übertrieben: Im Internet ist zu finden, dass die Türkei 2000 insgesamt 16 Menschen aus der Russischen Föderation den Flüchtlingsstatus zuerkannt hat.

⁸ Zu den Auseinandersetzungen um den Staudamm zum Zeitpunkt des Baubeginns vgl. <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/hintergrund/hasankeyf/>

⁹ Man kann John Crofoot auch bei Twitter folgen: <https://twitter.com/jmcrofoot>

respondent Jürgen Gottschlich und seine Frau, die Autorin Dilek Zapçioğlu, auf der asiatischen Seite im Stadtteil **Kuzguncuk** mit seinen schönen alten Holzhäusern für uns machten, war nach der Gezi-Konferenz mit der konzentrationsfordernden Simultan-Dolmetschung (Türkisch-Englisch) eine reine Erholung.

Im syrisch-orthodoxen Kloster **Mor Gabriel** der Assyrer, gegründet 397 und damit eines der ältesten christlichen Klöster der Welt, werden wir nach einer Führung zu einem Gespräch und einer Tasse Tee eingeladen. Früher lebten hier 1.000 Mönche, und es gab in dieser Gegend 100 Klöster; heute sind es nur sieben aktive, und in Mor Gabriel leben und arbeiten noch 70 Insassen. Durch einen Rechtsstreit war das Kloster jahrelang von Enteignung bedroht; offiziell als Minderheit anerkannt sind die Aramäer bislang nicht. Nach internationalem Druck hat der türkische Staat in diesem Jahr die ersten Ländereien der Mönche aber als rechtmäßiges Eigentum anerkannt. Abgeschlossen ist der Rechtsstreit allerdings noch nicht. Er gilt als Lackmустest für den Umgang der Türkei mit religiösen Minderheiten.

Für **Mardin** mit seiner hinreißenden Altstadt und dem weiten Blick auf die Tiefebene von Mesopotamien haben wir nur einen kurzen Vormittag Zeit. Hier haben schon die ersten Hotels für die Touristen geöffnet. Am Van-See setzen wir mit einer Fähre zur alten Armenier-“Kirche zum Heiligen Kreuz“ auf der Insel **Akdamar** über, die – auch mit Regierungsgeld – wieder restauriert wurde und ein beliebtes Ausflugsziel ist. Und in **Diyarbakir** endet unsere Stadtführung in einem Hof (Dengbej Evi), wo sich alte Männer in Pluderhosen treffen, kurdische Lieder singen und tanzen - und dabei um Jahre jünger werden.¹⁰

Schlusspunkt und Rückkehr

Einen optimistischen Schlusspunkt setzt unser Besuch der Kooperative in Kolbaşı. Das Kurden-Dorf war in den 90er Jahren geräumt worden, nachdem die Bewohner sich geweigert hatten, „Dorfschützer“ zu werden, also bewaffnet gegen die PKK vorzugehen. Erst seit 2007 können sie wieder hier leben; vorher durften sie nur bei Tageslicht hier sein, und selbst jetzt ist der Bau eines Weges zu ihren Feldern von den Behörden nicht erlaubt worden – ihn könnten ja auch PKK-Kämpfer nutzen. 16 Kilometer läuft eine Frau jeden Tag zum Melken zu den Feldern.

Mittlerweile haben die Bewohner sich mit fünf anderen Dörfern zusammengeschlossen und eine Kooperative gegründet. Das Dorf ist Milchsammelstelle, 40 Frauen betreiben Bienenzucht, und gehandelt wird mit Milch, Bohnen und Honig. 80 Prozent der früheren Einwohner seien noch in den Städten, erzählt uns der Dorfvorsteher, aber sie versuchten alles, sie wieder zurückzuholen. Kolbaşı entwickelt sich.

An dem Wochenende, an dem sich die Gezi-Proteste jähren, fliegen wir wieder zurück nach Berlin. Der türkische Staat hat wieder mobil gemacht. 25.000 Polizisten und mehrere dutzend Wasserwerfer stehen bereit, den Weg zum Taksim-Platz zu versperren und Demonstrationen im Keim zu ersticken. Einige kommen trotzdem durch. Durch die Innenstadt ziehen Tränengasschwaden; ein CNN-Journalist wird bei laufender Kamera festgesetzt. Auch anderen Journalisten nutzen Presseausweise nichts.

Heute laufen in der gesamten Türkei gegen mehr als 5.600 Demonstranten Verfahren wegen Terrorismus und Gründung einer kriminellen Organisation, auch Kinder und Jugendliche sollen

¹⁰ Einige der Herren sind auf You Tube zu hören: http://www.youtube.com/watch?v=MXEby_fElo0.

Die HBS-Reisegruppe dagegen brachte mehr oder weniger einschlägiges deutsches Liedgut nur intern, während längerer Busfahrten und schon gar nicht You-Tube-fähig zu Gehör. Hier liegt noch ein weites Aufgabenfeld der Stiftung brach – zur Stärkung der Textsicherheit bei so unterschiedlichen Weisen wie der Internationalen, Ernst-Busch-Liedern bis zur Popmusik der 60er Jahre („Rote Lippen soll man küssen“!) wäre zum Beispiel die Erarbeitung einer HBS-Mundorgel eine erhebliche Hilfe.

vor Gericht. Fünf Wortführern, deren Prozess im Juni in Istanbul begann, drohen langjährige Haftstrafen. Unter ihnen sind der Vorsitzende der Istanbul Ärztekammer und die Chefin der städtischen Architekturkammer. amnesty international spricht von einem „willkürlichen Schauprozess“. In Antalya verlangt ein Staatsanwalt für eine 20jährige 24 bis 98 Jahre Haft, „wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation“. Beweis: Sie hatte bei den Demonstrationen einen roten Schal getragen.

la/30.6.2014

Mit Dank an unsere Reiseführerinnen:

*Die Ulli will gerne mal rappen.
Mit Böll-Freunden sollte das klappen.
Sie sprach's an im Bus,
doch bald war dort Schluss:
Die Böll-Alten wollten nur zappen.*

*Es gibt eine Frau namens Filiz.
Die Böll-Stiftung glaubt: „Die kann vieles!“,
schickt Filiz auf Reisen
mit viel altem Eisen.
(nein, nein: mit alt-grünen Weisen!)
Den Freunden der Stiftung gefiel es.*

Liste der Gesprächspartnerinnen und -partner

Zusammengestellt von Filiz Karahasanoglu

Freitag, den 23.05.2014

Yeşiller ve Sol Gelecek Partisi/ Die Grünen und linke Zukunftspartei

1. Sevil Turan
2. Naci Sönmez
3. Ayşe Erdem
4. Mahmut Boynudelik
5. Sennur Bayboğa
6. Gizem Kastamonulu

Abgeordnete der CHP:

1. Binnaz Toprak
2. Melda Onur

Reiseführer: Adnan Özerler

Sonntag, den 25.05.2014

Führung durch Kuzguncuk

1. Jürgen Gottschlich
2. Dilek Zapçioğlu

Montag, den 26.05.2014

1. Celalettin Can (Verein der 78er)

AGOS:

1. Zeynep Taşkın (Hrant Dink Stiftung)
2. Rober Koptaş (AGOS)

Reiseführer: Adnan Özerler

Abendessen mit Karin Karakaşlı

Dienstag, den 27.05.2014

Führung: Abdulsalam İnceören vom Menschenrechtsverein

Abendessen mit Necdet İpekyüz und Övgü Gökçe

Mittwoch, den 28.05.2014

Göç Vakfı - Stiftung für Migration

1. Ruşen Turgut
2. Talat Çetinkaya

KAMER:

1. Hayriye Aşçıoğlu
2. Bihter Çarhoğlu

Führung: Mahmut Şimşek

Dengbej Haus.:

1. Murat Akıncılar DİSA)
2. Atalay Göçer (DİSA)

Donnerstag, den 29.05.2014

Kloster Mor Gabriel

Hasankeyf:

- John Crofoot (Matters)

Freitag, den 30.05.2014

VAKAD – Frauenverein Van:

1. Gül Kıran
2. Bihter Çarhoğlu

IHD -Menschenrechtsverein:

1. Bedia Özgökçe Ertan
2. Hamdi Bayhan
3. Murat Melet

Mittagessen mit Mahmut Kaçan (UNHCR)

Führung: Murat Şen

Samstag, den 31.05.2014

Führung: Murat Şen

Kolbaşı- Dorfvorsteher/ Vorsitzender der Kooperative: Gürgin Karabey